

Vorarbeit für die Wiedervereinigung

Ein Bericht des Forschungsbeirats beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

Berlin (Eigenbericht). Wenn heute der europäische Gedanke so weit verwirklicht worden wäre, daß die Grenzen zwischen den westeuropäischen Ländern wegfallen, dann würde das ein Zusammenschluß von Staaten sein, die mehr oder weniger das gleiche Wirtschaftssystem haben. Ganz anders liegen die Dinge, wenn morgen die Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone durchgeführt werden könnte: Durch das System der Sowjetisierung in der Sowjetzone ist eine tiefgehende strukturelle Änderung eingetreten. Deshalb sind für die Wiedervereinigung nicht nur freie Wahlen notwendig, sondern es muß eine Grundlagenforschung betrieben werden, aus der heraus am Tage X die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Entschlüsse zur Wiedervereinigung sofort getroffen werden können.

Dieser Aufgabe hat sich der Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen unterzogen. Er legt nach mehr als zweijähriger Tätigkeit nunmehr einen Tätigkeitsbericht vor, der außerordentlich aufschlußreich ist.

Die Machthaber der Sowjetzone haben dem Forschungsbeirat eine Agententätigkeit angedichtet; das ist heller Unsinn. Selbstverständlich gehört es zur Aufgabe des Forschungsbeirates, die Verhältnisse in der Sowjetzone objektiv zu studieren, aber dazu braucht man keine Agenten, wenn, wie im Jahre 1953, 300 000 Flüchtlinge die Sowjetzone verlassen. Es sind also keine dunklen Quellen, aus denen der Forschungsbeirat schöpft, es ist absolut zuverlässiges Material für eine wissenschaftliche Forschung als Grundlage für die politischen Entscheidungen bei der Wiedervereinigung.

Ein Sofortprogramm

Auf Grund dieses Bildes ist der Forschungsbeirat an seine zweite Aufgabe herangegangen, nämlich an die Erstellung eines Sofortprogramms, d. h. an die Vorbereitung aller derjenigen Maßnahmen, die im Falle einer

Wiedervereinigung alsbald, also etwa innerhalb des ersten Jahres, notwendig sein werden.

Verhältnismäßig klar liegen die Dinge auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ernährung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine Fortführung der Zwangswirtschaft im Agrarsektor auch auf kurze Zeit nicht möglich sein würde. Also muß die Zwangswirtschaft im Agrarsektor kurz nach der Wiedervereinigung aufgehoben werden. Das bedeutet natürlich auch die Aufhebung der Kartenzwirtschaft auf dem Ernährungsgbiet.

Hilfe für Mitteldeutschland

Man hat sich im Forschungsbeirat dann weiter Gedanken darüber gemacht, ob eine vorübergehende Abschirmung der Sowjetzone gegenüber der Bundesrepublik notwendig und vor allem ob sie möglich sei. Wenn man die Zwangswirtschaft aufhebt, wird eine Versorgung mit Lebensmitteln aus der Bundesrepublik notwendig sein, ebenso müßten Gegenstände des täglichen Bedarfs und Produktionsmittel in die Zone geliefert werden. Wenn sich die volle Wirtschaftskraft des stärkeren Westdeutschland auch zum Nutzen Mitteldeutschlands auswirken soll, dann muß die Wirt-

schaftsgrenze zwischen den beiden Gebieten alsbald nach der Wiedervereinigung fallen. Das bedeutet also eine Hilfeleistung der Bundesrepublik für die Sowjetzone. Wie sich in diesem Augenblick die Währungsverhältnisse gestalten sollen, das konnte bis jetzt noch nicht abschließend festgestellt werden, das hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die erst am Tage X selbst geklärt werden können.

Neubauern bleiben

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist besonders vordringlich zu klären, wie die durch die Bodenreform geschaffene Agrarstruktur in der Sowjetzone behandelt werden soll. Schon aus rein menschlichen Gründen wäre es selbstverständlich, daß man den Millionen von Neubauern, die in zäher Arbeit sich ein Besitztum geschaffen haben, nicht ihre Siedlungen wieder nehmen könnte. Neubauern, die den Boden in den vergangenen Jahren unter persönlichen Opfern bearbeitet haben, soll der Boden erhalten bleiben. Da das wiedervereinigte Deutschland aber ein Rechtsstaat ist, so wird man die früheren Eigentümer entschädigen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, durch die praktisch auch die Neusiedler ihres Eigentums beraubt wurden, werden dagegen so schnell wie möglich aufgelöst.

Ende der Zwangswirtschaft

Schwieriger werden die Fragen auf dem Sektor der gewerblichen Wirtschaft zu lösen sein. Einigkeit aber bestand darüber, daß die sowjetzonale Zwangswirtschaft im ganzen und damit

(Forts. auf S. 2)

Ein Fall für den Arzt

WG. Der Fall John ist mit der Vorstellung des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf einer östlichen Pressekonferenz für diejenigen, die es noch nötig hatten, dahin geklärt, daß er sich aus freiem Willen in die kommunistische DDR abgesetzt hat. Diese Absetzbewegung suchte er mit einer polemischen Kanonade abzuschirmen. Dabei führte er zu seiner Rechtfertigung tausend Dinge an, aber nicht einen einzigen Grund, der für normale und gesunde Menschen verständlich wäre.

Er nannte die Nazis, die Generale, die Soldatenbünde und machte aus ihnen eine tödliche Gefahr. Er kennzeichnete die Bundesregierung infolge der Verträge von Paris und Bonn als „Werkzeug der amerikanischen Politik“ und äußerte besorgt, daß die Politik des Westens zu einem neuen Kriege führen werde.

Er beklagte die Spaltung Deutschlands und will ihr ausgerechnet dort entgegenwirken, wo sie planvoll herbeigeführt und aus der Furcht vor der Freiheit ebenso planvoll aufrechterhalten wird. Man hat fast den Eindruck, daß John regelmäßiger Leser der „Täglichen Rundschau“ war — so sehr gleichen sich die Bilder und Anschauungen, in denen er sich äußerte.

So also sind seine Überlegungen und Folgerungen: Er lebt in der durchaus unbegründeten Sorge um eine „Renazifizierung“ Deutschlands und geht ausgerechnet in den Teil unseres zerrissenen Landes, in dem die diktatorischen, terroristischen und totalitären Methoden Hitlers in vollkommener Weise den Zusammenbruch seines Reiches überlebt haben. Er fürchtet um den Frieden und läuft über in das Lager derer, die nach 1945 den Kriegsbrand in Korea, Indochina und sogar gegen Griechenland entzündet haben.

Er ist Gegner der noch ungewissen EVG und gewisser deutscher Generale in Zivil und verbündet sich mit jenen anderen deutschen Generalen, die im

kommunistischen Regime Pankows schon wieder in Uniform paradierten und in der Vopo-Armee recht zackig ihren Dienst verrichten.

Das ist wahrhaftig mehr, als ein intelligenter und vor allem charaktvoller Mensch zu übertragen vermag. Das ist aber auch alles, was John zu klären und zu erklären hatte. Dieser Mann ist wahrhaftig nicht Subjekt echter politischer Entscheidung, sondern allenfalls ein sehr interessantes Objekt medizinischer Tiefenpsychologie.

Aus welchen noch verborgenen Schichten seines offenbar recht komplizierten Seelenlebens sein Handeln stammt, dessen erklärte Beweggründe aller politischen Vernunft und Erfahrung widersprechen, das ist auch nach seiner öffentlichen Vorführung vor der Presse nicht klar geworden. Das ist wahrscheinlich überhaupt nicht mit politischen oder schlechthin menschlichen Überlegungen, sondern nur mit der Kunst eines Arztes zu erfassen, der sich fachlich auf die Erforschung verborgener neurotisch-anormaler Antriebe zum Handeln versteht.

Ein Mensch, dessen moralische Haltung und politische Gesinnung einwandfrei und vom Adel echter Überzeugung geprägt sind, also ein Mann, ein Ehrenmann, der hätte

einen Gewissenskonflikt zwischen seinem Amte und seiner Überzeugung dadurch gelöst, daß er das Amt niederlegte und in der so gewonnenen Freiheit gegen die Politik der Bundesregierung öffentlich aufgetreten wäre. Nur dann hätte er die Chance, auch in der Bundesrepublik Beachtung zu finden.

Seine Argumente würden vielleicht nicht überzeugen, aber er wäre ein Mann, ein Ehrenmann, geblieben. John dagegen hat sich als das Gegenteil betätigt und bestätigt. Er hat um diese Wirkung seines Schrittes offenbar ein scham-erfülltes Wissen. Er antwortete nämlich eben auf die Frage, warum er seine Aktion nicht in der Bundesrepublik durchführen: In der Bundesrepublik hätte er nach einer öffentlichen Erklärung mit Schwierigkeiten rechnen müssen (ein Held scheint er also nicht zu sein); er wäre dann nicht mehr in der Lage gewesen, so sagte er weiter, zu arbeiten und wäre festgesetzt worden! Das ist eine kümmerliche Unwahrheit, die Dr. Josef Wirth, der „Altreichskanzler“ Pankows, lebendig widerlegt und die ihm selbst seine in dieser Beziehung wohlinformierten neuen Freunde nicht abnehmen. Festgesetzt — und zwar sehr fest — wird man wegen Bekämpfung der Regierungspolitik dort, wo John sich jetzt aufhält. (Siehe auch S. 3)

Vorarbeit für die Wiedervereinigung

(Forts. von S. 1)

auch das System der Planaufgaben mit der Wiedervereinigung zu beseitigen sind. Es fällt also nicht nur das Abgabesoll der Landwirtschaft, sondern auch der Planzwang auf allen Gebieten der Wirtschaft.

Das wiederum hat zur Folge, daß eine Sicherung der Beschäftigung nach der Wiedervereinigung erfolgen muß. Freiwerdende Arbeitskräfte müssen beim Wohnungsbau, beim Ausbau des Verkehrswesens eingesetzt werden.

Grundlegend geändert wird auch das bisherige Steuersystem. Die außerordentliche Belastung des Konsums durch Akzisen und Haushaltsaufschläge, die allein im Jahre 1952/53 zu einer Einnahme von 6 bis 7 Milliarden Ostmark ge-

führt haben, sollte nach der Wiedervereinigung unverzüglich abgeschafft werden. Zur Zeit machen sie in der Sowjetzone neben den regulären Steuereinnahmen noch etwa 74 Prozent der Staatseinnahmen aus!

Das sind in großen Zügen nur einige der Probleme, mit denen sich der Forschungsbeirat befaßt hat und weiterhin befassen muß. Er treibt keine Politik, sondern er hat nur die Aufgabe, der neugeschaffenen gesamtdeutschen Volksvertretung am Tag X das Material vorzulegen, das als Grundlage für die großen Entscheidungen dient, damit bei der Wiedervereinigung Deutschlands vom ersten Tage an die komplizierten wirtschaftlichen Probleme so reibungslos wie möglich gelöst werden.

Vorbereitung für US-Hilfe

Berlin (DPA). Zwischen einer Delegation der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften und Vertretern des sowjetzonalen Zentralausschusses des Deutschen Roten Kreuzes haben in Berlin die Verhandlungen über das amerikanische Hilfsangebot für die Überschwemmungsgebiete der Sowjetzone begonnen. Aus dem Kommuniqué geht hervor, daß die Besprechung in beiderseitigem gutem Einvernehmen verlief. Um sich an Ort und Stelle ein Bild von dem erforderlichen Umfang der Hilfe machen zu können, wird sich die Delegation der Liga ins Katastrophengebiet begeben.

„Die beliebten Propaganda-Thesen“

Auslandsecho zur John-Presskonferenz

Berlin (DPA/AP). Das Auftreten des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Dr. Otto John in einer Ostberliner Pressekonferenz hat in der Auslandspressen ein lebhaftes Echo ausgelöst. Mehrere Blätter, an ihrer Spitze die Londoner „Times“, äußern die Ansicht, daß die Gründe für den Abfall Johns zum kommunistischen Lager offenbar „mehr persönlicher oder pathologischer als politischer Natur“ seien.

Zu Johns Behauptung über die „Renazifizierung Westdeutschlands“ schreiben die „Times“: „Dadurch, daß er in der Sowjetzone arbeitet, wird John nicht den früheren Nazis entgegen, deren Rückkehr in öffentliche Ämter schon seit langem von den Kommunisten sanktioniert wurde. Der einzige Unterschied in seiner neuen Umgebung wird der sein, daß er außer mit den früheren Nazis noch mit jetzigen Kommunisten zu tun hat.“

Die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ schreibt, in Johns Erklärung erkenne man „eine der beliebtesten Propagandathesen der Pankower Regierung wieder“.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ bemerkt zu der Pressekonferenz: „Man stand unter dem Eindruck, daß John der Mitwelt den Fehdehandschuh hinschleuderte. Sein Gehabe hatte etwas jugendlich Unreifes an sich.“

Die Züricher „Tat“ stellt fest: „Die Gründe, die der Ent-

Als der Polit-Kommissar schlief

Vier flüchteten vom Kutter „Neues Deutschland“

Cuxhaven (DPA/AP). Während der Polit-Kommissar an Bord des sowjetzonalen Lehrfischkutters „Neues Deutschland“ in seiner Koje schlief, gingen in der Nacht vier Jugendliche von Bord des vor Cuxhaven liegenden Schiffes und baten die westdeutschen Behörden um politisches Asyl.

Einer der vier hatte die Nachtwache übernommen, um die Flucht zu ermöglichen. Die Flüchtlinge sollen, ihrem Wunsch entsprechend, später in der Cuxhavener Hochseefischerei beschäftigt werden.

Das Ausbildungsschiff hatte am Tag zuvor den havarierten sowjetzonalen Fischkutter „Wilhelm Sylt“ von den Nordsee-

fanggründen nach Cuxhaven geschleppt. Die Lehrjungen der „Neues Deutschland“ baten um einen Landurlaub, der ihnen von dem Polit-Kommissar Bruno Radke zunächst verwehrt wurde. Erst als die Jungen heftig protestierten, durften sie am Abend einen Bummel durch Cuxhaven machen. Dabei reifte bei einigen der Entschluß zur Flucht.

Die Geflüchteten sagten aus, kein sowjetzonaler Fischdampfer dürfe den Nordostsee-Kanal durchfahren, da man mit der Flucht von Besatzungsmitgliedern rechne.

Ein Wahrzeichen

Kiel (DPA). Ein Denkmal des Großen Kurfürsten, das früher von der Pillauer Mole die auf dem Seeweg eintreffenden Besucher Ostpreußens grüßte, wurde jetzt von der schleswig-holsteinischen Landesregierung angekauft. Es soll der ostpreussischen Landsmannschaft in Schleswig-Holstein zur Aufstellung übergeben werden.

Fernsehen im Vormarsch

Bonn (AP). Das Fernsehpublikum Westdeutschlands und Berlins hat sich in den letzten elf Monaten mehr als verzehnfacht. Insgesamt 40 980 Fernsehgenehmigungen wurden am 1. August gezählt.

Protest gegen Volksgerichts-Urteile

Berlin (AP). Mit einer Unterschriftensammlung haben Bewohner der Sowjetzone zum erstenmal öffentlich gegen die Härte der von ihren Gerichten verhängten Urteile zu protestieren versucht. Die Unterschriften wurden nach einer Meldung der „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“ im Kreis Angermünde als Reaktion auf den sogenannten „Polßen-Prozeß“ in Frankfurt a. d. O. gesammelt.

Der Hauptangeklagte Wilhelm Wolf, Wirtschaftsleiter des Volkseigenen Gutes Polßen, war

in dem Prozeß wegen angeblicher „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zum Tode verurteilt worden. Sein Bruder Oskar und sechs weitere Mitangeklagte erhielten mit der Begründung, sie hätten durch „vorsätzliches Verbreiten von Tierseuchen“ den Tod von 3350 Schweinen verschuldet, Zuchthausstrafen von 4 bis 15 Jahren.

Die Unterschriftensammlung wurde von der SED als Werk „feindlicher Elemente“ verurteilt.

Asyl für Rastorow

Leiter eines Spionage-Ringes in Japan

Washington (AD/AP). Die amerikanische Regierung hat dem früheren Mitglied der sowjetischen Mission in Japan, Rastorow, der am 24. Januar geflohen war, Asyl als politischer Flüchtling in den USA gewährt.

Nach einer amerikanischen Verlautbarung hat Rastorow vor seiner Flucht in Japan einen Spionagering geleitet. Rastorow teilte mit, daß der frühere sowjetische Botschafter in USA, Panjuschkin, Chef des ausländischen Nachrichtendienstes in der Sowjetunion sei.

Aus Kreisen des US-Außenministeriums wird bekannt, daß noch mehr ehemalige Sowjetbeamte in den USA um Asyl nachgesucht haben, und daß ihre Namen in Kürze bekanntgegeben werden sollen.

Asien-Konferenz

Washington (AP/DPA). Die Konferenz zur Bildung einer Südostasiatischen Verteidigungsgemeinschaft ist für den 6. September nach Baguio auf den Philippinen einberufen worden. An der Konferenz nehmen acht Staaten teil: Die USA, Großbritannien, Frankreich, Neuseeland, Australien, die Philippinen, Thailand und Pakistan.

Auch ohne Moskau

Washington (AP). US-Außenminister Dulles gab bekannt,

daß die Vereinigten Staaten ihre Pläne zur friedlichen Verwendung der Atomenergie auch ohne Beteiligung der Sowjetunion durchführen und entsprechende Verhandlungen mit allen interessierten Staaten aufnehmen werden.

Die sowjetische Haltung in dieser Frage sei zu 99 Prozent negativ, doch habe die US-Regierung die Sowjetunion um die Erklärung ersucht, ob ihre ablehnende Haltung endgültig sei.

Kriegserklärung an die Religion

Zeit der Toleranz in der Sowjetunion offiziell vorbei

B. F. Moskau (Eigenbericht). Daß Kommunismus und Religion nach sowjetischer Auffassung unvereinbar sind, ist zwar ein offenes Geheimnis. Dennoch überrascht die Schärfe, mit der die „Pravda“, das offizielle kommunistische Parteiorgan, kürzlich in einem Leitartikel diese Thesen wieder vertrat und Unnachgiebigkeit gegenüber allen jenen forderte, die noch immer an den „überlebten Glaubenslehren“ festhalten.

Da liest man u. a.: „Der Sieg der sozialistischen Ideologie bedeutet nicht, daß alle Reste bürgerlicher Weltanschauung und kapitalistischer Einstellung und Moral beseitigt sind. Sie schwinden nicht von selbst dahin und

Kreml lehnt ab

Moskau (DPA). Die Sowjetunion hat einen österreichischen Vorschlag abgelehnt, in Fünft-Mächte-Besprechungen Erleichterungen des Besatzungsregimes in Österreich zu erörtern. Die österreichische Regierung hatte den Besatzungsmächten vorgeschlagen, die Besprechungen von den Botschaftern der vier Mächte in Wien und Vertretern des österreichischen Außenministeriums führen zu lassen. Die Westmächte hatten zustimmend geantwortet.

werden es auch in Zukunft nicht; unachgiebig und unablässig muß gegen sie Krieg geführt werden. Eines der lebenskräftigsten und schädlichsten Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein des Volkes ist religiöse Befangenheit... Es ist notwendig, im großen Rahmen und auf jedem Gebiet die Propagierung des wissenschaftlichen Atheismus zu betreiben.“

Bisher war vom Kommunismus Jahr für Jahr verkündet worden, daß die „Reste bürgerlicher Weltanschauung“ von selbst verschwinden würden. Moskau befand sich immer schon in einer schwierigen Situation, denn in der Stalinischen Verfassung war neben der Freiheit antireligiöser Propaganda auch die Freiheit des Glaubens verankert. Außerdem war der Hinweis auf die vollen Kirchen in den großen Städten als Beweis für die religiöse Toleranz eines der stärksten Propagandamittel, das die Sowjetunion dem Westen gegenüber besaß.

Eine Rückkehr zu der primitiven „Liga der Gottlosen“ eines Jaroskowsky war in den letzten Jahren nicht möglich. Man bediente sich subtilerer Methoden und arbeitete mit den Mitteln der „Aufklärung“. Agitatoren und Vortragsredner mußten den Anschein vermeiden, daß sie die Religion als solche angriffen.

Nachdem diese Strategie nun fehlgeschlagen ist, soll also laut „Pravda“ ein unachgiebiger Krieg geführt werden.

Eisenhower gegen Präventivkrieg

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower lehnte auf einer Pressekonferenz energisch den Gedanken ab, einen Präventivkrieg gegen den Sowjetblock zu führen. Derartige Pläne seien „lächerlich, absolut undenkbar und unmöglich“.

Der Präsident sprach sich ferner gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und eine Reorganisation der UN auf der Grundlage eines Ausschlusses der UdSSR aus. Er sagte, ein Abbruch der Beziehungen würde nicht den Interessen der USA dienen. Was die UN angehe, so benötige die freie Welt ein derartiges Forum.

Auf die Frage, wie er die Entwicklung der internationalen Lage beurteile, erwiderte Eisenhower, vor einem Jahre noch hätten in Korea und Indochina Kriege getobt. Persien sei von seinen Führern der westlichen Welt entfremdet worden, und die Lage in Ägypten und Mittelamerika sei sehr kritisch gewesen. In der Zwischenzeit habe sich in allen diesen Ländern die Situation sehr günstig entwickelt. Wenn die freie Welt „mit Intelligenz“ ein Schutzsystem errichte, das wirkliche Sicherheit gegen kommunistische Angriffe biete, dann würde es nicht zu einem Krieg kommen.

Mehr Kolchosen und weniger Getreide

Die Ernteerträge in der Sowjetzone — Ergebnis roter Planwirtschaft

Berlin (Eigenbericht). Kein Bezirk der Sowjetzone wird in diesem Jahr sein Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Produkten erfüllen können. Der Getreidertrag wird nach Berechnungen der Fachleute 18 bis 20 Prozent niedriger sein als 1953, während der Ertrag an Hackfrüchten um etwa 20 Prozent höher liegen wird. In Pankow wurden in internen Gesprächen bereits Maßnahmen zur Mehl- und Brotrationierung erwogen. Neben dem ungünstigen Wetter sind vor allem die SED-Mißwirtschaft, das Plandurcheinander und der Saatgutmangel Ursache der schlechten Ernteaussichten.

Eins kam immer zum anderen: Durch die starken Kahlfröste erfroren rd. 80 Prozent der Winterfrüchte, 60 Prozent des Bestandes an Winterweizen, fast die gesamte Wintergerste und ein großer Teil der Winterzwischenfrüchte. Etwa 280 000 ha Ackerland sind so „ausgewintert“. Sie mußten im Frühjahr zusätzlich mit Sommergetreide neu bestellt werden. Das Saatgut, das dafür geliefert wurde, war durchweg schlecht und zum großen Teil völlig unbrauchbar.

Dazu kam dann wieder die große Trockenheit im Frühjahr, bei der das Getreide schlecht aufging. Außerdem wirkte sich der seit der Bauernflucht herrschende Mangel an Arbeitskräften aus.

Arbeitskräfte fehlen

Die starken Regenfälle und Unwetter dieses Sommers haben fast das gesamte Getreide zu Boden gepeitscht. Wie soll man es ernten? Die so lautstark angepriesenen sowjetischen Großraum-Erntemaschinen können in diesem Fall überhaupt nicht eingesetzt werden und stehen nutzlos herum. Man mußte das Getreide mit der Sense mähen — aber dafür hat man nicht genügend Arbeitskräfte. Viele Produktionsgenossenschaften sind, weil es keinen anderen Ausweg gibt, dazu übergegangen, das Getreide mit der Grassähmaschine zu mähen!

Die Getreidespeicher in der Sowjetzone sind leer. Heute steht noch nicht fest, ob bei Brotgetreide der Anschluß an die neue Ernte hergestellt werden kann trotz der vorgesehenen hohen Importe, die 892 000 t betragen sollen. Bisher wurden erst 240 000 t geliefert.

Zu wenig Futtermittel

Noch trostloser ist die Lage bei der Futtermittelversorgung.

26 Doppelzentner Hafer sollten laut Plan je Hektar geerntet werden. Die tatsächlichen Erträge sind weit niedriger. Um genug Hafer für die Futtermittelversorgung zu haben, müßten 1 600 000 t eingeführt werden. Im Plan wurden nur 1 250 000 t Import-Hafer bewilligt — und die Handelszentrale hat inzwischen erklärt, daß sie bestenfalls 600 000 t einführen kann.

Beträchtlich groß sind auch die Ausfälle beim Rauhfutter, das im vergangenen Jahre bereits sehr knapp war. Die Erträge sind 25 bis 30 Prozent niedriger als 1953 und können selbst dann nicht aufgeholt werden, wenn die zweite Heumahd über Erwarten gut ausfallen würde.

Alle Anstrengungen, diese Lücke durch Zwischenfruchtanbau einigermaßen zu schließen, sind vergeblich, weil das Saatgut nur für 50 Prozent der vorgesehenen Planfläche ausreicht.

In solcher Situation helfen auch die den Bauern diktierten Vieh-Aufzuchtpläne nicht mehr. Die Tierbestände sinken überall und werden weiter sinken, weil einfach kein Futter vorhanden ist.

Der Schweinebestand verringerte sich, gemessen an dem höchsten Stand seit 1945, um 1,1 Mill. Stück. Die Zahl der Pferde ist um 12 000 zurückgegangen und nicht einmal der Rindviehbestand konnte gehalten werden. In sieben Bezirken ist deshalb jetzt offiziell verboten worden, weibliche Kälber zu schlachten.

Schweinepest greift um sich

Die Schweinepest greift von Monat zu Monat weiter um sich. Während im ganzen Jahr 1953 insgesamt 180 000 Tiere an der Seuche eingingen oder notgeschlachtet werden mußten,

waren es schon im ersten Halbjahr 1954 über 187 000 Stück!

Nur die Kolchosen wachsen weiter. Während am 1. 1. dieses Jahres 4691 Produktionsgenossenschaften mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 639 930 ha bestanden, waren es am 1. 7. 1954 bereits 4692 Genossenschaften mit 783 828 ha. Die Mitgliederzahl dieser Kolchosen stieg in der gleichen Zeit von 128 550 auf 147 383.

28 Prozent der Fläche

Insgesamt wurden am 1. 7. dieses Jahres 15,7 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche durch die Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet. Weitere 8 Prozent sind in örtlichen Landwirtschaftsbetrieben zusammengefaßt, vier Prozent gehören zu volkseigenen Gütern. Das sind also 28 Prozent der vorhandenen Fläche, die durch die kommunistischen Staatsorgane gelenkt werden.

Die privaten Bauern, die immerhin noch 72 Prozent des Bodens bewirtschaften, arbeiten mit ihrer Familie 16 bis 18 Stunden am Tag — und wissen, daß sie trotzdem nicht die Forderungen erfüllen können, die man an sie stellt.

Eine große Verhaftungswelle wie in den Jahren 1952/53 werden die Kommunisten allerdings kaum wagen. Sie wissen inzwischen, wie nötig jeder Bauer als Arbeitskraft gebraucht wird. Eine neue Massenflucht der Bauern wäre der Ruin der sowjetzonalen Ernährungswirtschaft.

Deshalb wird auch die Kolchosierung nicht in dem Maße vorangetrieben, wie es die reinen SED-Parteistrategen gewünscht hätten. Sie mußten sich von den Pankower Landwirtschaftsfachleuten sagen lassen, daß die Kolchosen und Staatsunternehmen heute schon nicht mehr in der Lage sind, mit ihrer Ackerfläche fertig zu werden. Jährlich verschlingen sie über 350 Millionen Mark Subventionen, und ihre Erträge liegen dabei rd. 35 Prozent unter denen der privaten Landwirtschaft.

Wollwebers Agenten-Karussell

Peinliche Situationen für die Ostpresse — Wer ist wer?

Seit dem 1. November 1953 beschäftigt sich die Ostpresse fortlaufend mit „Enthüllungen“ über angeblich „weitverzweigte Spionage westlicher Geheimdienste gegen die DDR“. Diese Kampagne wurde von Beginn an immer nach den Erfordernissen der kommunistischen Tagespolitik durchgeführt. Immer deutlicher beginnen sich die Erklärungen zu widersprechen.

Die Kampagne begann am 1. November 1953 mit der Meldung über „Zerschlagung von Agentengruppen des westdeutschen Geheimdienstes“. Acht Tage später zeigte man den „Helden des Tages“ auf einer Pressekonferenz: Es war der Papiervertreter Geyer, ein als Ostflüchtling getarnter SSD-Agent, der in Westberlin angeblich Widerstandsgruppen bildete und diese später vom SSD hochnehmen ließ!

Am 17. November 1953 gab der SSD die „Zerschlagung einer Sabotagegruppe im Raum Rostock / Warnemünde“ bekannt. Anführer sei ein gewisser Alfred Weigel aus Zepelin bei Bützow, der „als Agent der Gehlen-Organisation den Auftrag zur Sprengung von Hochseeschiffen bekam“. Der SSD habe ihn im November 1953 gefaßt.

Peinlich, daß dieser Alfred Weigel bereits 17 Monate vorher in einer ADN-Erklärung vom 13. Mai 1952 als „Agent der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ bezeichnet und damals schon verhaftet worden war!

Einen Tag vor der Viererkonferenz startete der SSD die noch peinlichere „Sache Bahr“: Am 24. Januar 1954 gab der Ost-Rundfunk die Flucht des „stellvertretenden UV - Leiters der Gehlen-Organisation, Emil Bahr“ bekannt. Er habe sich unter der drückenden Last seiner Schuld freiwillig gestellt. Aber kurz danach meldete sich derselbe Bahr bei der Westberliner Polizei. Er sagte aus, seit dem Herbst 1953 habe er als SSD-Agent in Westberlin versucht, an Nachrichtendienste heranzukommen. Am 15. Januar 1954 wurde er vom SSD nach Ostberlin zurückberufen. Zu seinem „Geständnis“ trug er nur die Unterschrift bei, ohne vom Inhalt etwas zu wissen. Schließlich flüchtete er am 1. Februar 1954 nach Westberlin. Heute sitzt er in Moabit.

Ungeachtet dessen veröffentlichte die kommunistische „Berliner Zeitung“ am 22. April 1954 eine „Enthüllung“, wonach derselbe Bahr noch heute als „französischer Agentenchef“ am Wedding ein Büro unterhalte und man hoffe, seiner eines Tages habhaft werden zu können.

Am 1. August 1954 brachte ADN schließlich eine Erklärung, jener offenbar doppelt existente Bahr sei am 15. Januar 1954 mit dem Auftrag nach Ostberlin gegangen, sich im Auftrage westlicher Spionagestellen ins Ost-Innenministerium einzuschleichen (!). Der SSD habe ihn daraufhin verhaftet.

Sehr zählebig ist die Enthüllungsserie, die der SSD-Agent Kapahnke in regelmäßigen Zeitabständen liefert. In den Fall Gläске verwickelt, floh er aus Furcht vor Verhaftung am 27. April 1954 nach Ostberlin. Wollweber präsentierte ihn der

Warnung an „Volksrichter“

Berlin (DPA). Der Untersuchungsausschuß freirechtlicher Juristen hat in einem offenen Brief die sogenannten Volksrichter in der Sowjetzone davor gewarnt, nach SED-Weisungen Unschuldige zu verurteilen. Sie sollten sich darüber klar sein, daß ihnen niemand die Verantwortung abnehme.

Öffentlichkeit genau wie Bahr als „stellvertretenden Filialleiter des westdeutschen Geheimdienstes“. Seither „enthüllt“ Kapahnke immer gerade das, was die SED - Propaganda braucht.

Am 4. August gab der SSD die Verhaftung „zahlreicher Agenten“ in der Zone bekannt. Es waren durchweg Leute, die bereits seit dem Rückgang des SSD-Agenten Bahr, also seit Januar 1954, in SSD - Haft saßen. Am 8. August schließlich brachte ADN die Erklärung eines gewissen Prather, der Monate zuvor aus Furcht vor möglichen Aussagen des in Moabit sitzenden Bahr nach Ostberlin geflüchtet war. Man tat als sei Prather gerade eben erst gekommen.

Auch wer gedrückt lügt, muß ein gutes Gedächtnis haben...

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere bei Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. **Schreib, Horst**, etwa 23 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Kyritz Kr. Ostprignitz, Mitglied d. SED u. d. FDJ u. versch. Massenorganisationen, Angestellter bei der SVK Pritzwalk u. später Personalleiter beim Finanzamt Kyritz gewesen.
2. **Schulze, Kurt**, etwa 56 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Großsteinberg Kr. Grimma-Wurzen, Mitglied d. KPD/SED, Mitglied zahlreicher Massenorganisationen u. SED-Funktionär.
3. **Schwertner, Dresden**, Hauptwohnsitz Riessa, Sachbearbeiter bei d. Abteilung

Postwesen bei der Bez.-Direktion für Post- u. Fernmeldewesen Dresden.

4. **Thenhafen, Wilhelm**, etwa 57 Jahre alt, früher wohnhaft in Storkow Kr. Fürstentum, zuletzt wohnhaft in Kummerdorf Kr. Fürstentum, Mitglied d. KPD/SED, d. VVN, SED-Funktionär, zuletzt als Schleusenmeister tätig gewesen.
5. **Stiel, Walter**, etwa 50 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Malchin in Mecklenburg; Mitglied d. SED, zuletzt tätig gewesen als Elektriker im E-Werk.



Rotchinesische Drachenspiele

Ein polnischer „Flüchtlingsdampfer“

Ein Matrose des polnischen Passagierschiffes „Batory“ sprang bei der Ausfahrt aus Kopenhagen von Bord, wurde von Schleppermannschaften aufgenommen und der Polizei übergeben. Er rief: „Ich will in die Freiheit“, als er in Schutzhaft genommen wurde.

In Kopenhagen waren bereits im Juli zwei Besatzungsmitglieder von der „Batory“ geflohen und hatten um politisches Asyl in Dänemark nachgesucht. Seit der Jungfernfahrt des Schiffes 1947 sind ein Dutzend Mannschaftsmitglieder allein in britischen Häfen geflohen. Im Juni 1953 waren sogar der Kapitän des Schiffes und der Schiffsarzt in England an Land gegangen und hatten um Asyl nachgesucht.

Schrott für Moskau

In den Gewässern der Insel Rügen ist die Schrottbewegung der dort gesunkenen Schiffsein-

heiten jetzt vom volkseigenen Betrieb „Schiffsbergung und Taucherei“ aus Stralsund bedeutend erweitert worden.

Teile des ehemaligen Linienschiffes „Schlesien“ wurden in der Höhe von Heringsdorf nach Sprengungen an dem in etwa 30 Meter Tiefe liegenden Wrack gehoben. Außerdem sollen vier Frachtdampfer in der Größe zwischen 2000 und 7000 BRT gehoben werden.

Der geborgene Schrott muß weiterhin über das besondere Bergungskonto an die sowjetische Wirtschaftsabteilung verrechnet werden. Regelmäßig werden die deutschen Kutter bei ihren Arbeiten von sowjetischen Marinefahrzeugen kontrolliert. Die See-Volkspolizei muß den Transport der aus dem Wasser geförderten Schrottmengen überwachen und für sofortige Weiterleitung an die Sammelplätze sorgen.

Staatliches make up

Seit in Ungarn auch die Lippenstifte und das Parfüm ausschließlich vom Staat geliefert werden, ist Kosmetik dort nicht nur erlaubt, sondern sogar sehr erwünscht. Mit allen Mitteln der Propaganda wird sozusagen staatliches make up empfohlen. Und schon sind auch staatliche Schönheitssalons da, damit beim Umgang mit Puderquaste und Nagellack auch die richtige Linie gewahrt wird. Private Kosmetikerinnen haben dagegen nach wie vor strenges Arbeitsverbot.

Schwere violette Samtportieren, imitierte Louis-XVI.-Möbel und intime Beleuchtung haben die neuen staatlichen Salons in Budapest, einer wie der andere. Sehr verschieden ist dagegen die Größe ihres Kundenkreises: Dort, wo noch Angestellte der früheren privaten Salons arbeiten, herrscht Andrang, und wo neue fortschrittliche Kräfte walten, bleibt es leer.

Ähnliche „rückschrittliche“ Tendenzen mußten die für das wieder erlaubte make up zuständigen Funktionäre bei der Wirkung der Namen von Lippenstiften und Parfüms auf die Frauen beobachten. Die Ungarinnen sind nicht anders als die Frauen westlicher Länder. Sie ziehen Kosmetika mit französischen und amerikanischen Etiketts vor. Worauf der Staat kurzerhand eine einfache Methode einführte: Die besseren Erzeugnisse der einheimischen Kosmetikindustrie bekommen attraktive französische und amerikanische Verpackungen — und werden als „Importware“ verkauft.

Das Geschäft lohnt sich, und so wird nicht mehr erwähnt, wie man einst, als die privaten Salons geschlossen wurden, gegen die Schönheitspflege wetterte. Den Angestellten wurde damals erklärt, sie müßten sich endlich nach „für die Produktion wichtiger Arbeitsplätzen“ umsehen. Aber, wie gesagt, seit der Staat die Puderquasten und Lippenstifte liefert, ist alles ganz anders. Und außerdem teurer als früher.

Sündenböcke

Mehrere leitende Angestellte des Sowjetzonen - Landwirtschaftsministeriums sollen vom SSD verhaftet worden sein, meldet der Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen. Die Festgenommenen werden für die Mißwirtschaft in volkseigenen Gütern verantwortlich gemacht.

Luftomnibus statt Straßenbahn?

Deutsche Hubschrauber-Bahnhöfe geplant

In Stuttgart konnte vor kurzem ein höchst originelles kleines Modell besichtigt werden: der erste Hubschrauberbahnhof Deutschlands. Eine Plattform, wie ein Dach kühn über die Gleisanlagen des Stuttgarter Hauptbahnhofs projiziert, wird als Landeplatz dienen. Der Reisende kann vom Bahnsteig aus über eine Rolltreppe in seinen Hubschrauber umsteigen und seine Reise durch die Luft fortsetzen. In der Nähe des Bahnhofs sorgen riesige Parkplatzanlagen dafür, daß man mit dem Omnibus oder dem Auto bis ans Flugzeug heranfahren kann.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Die „Studienkommission für Hubschrauber“, die ihren Sitz auf dem Flughafen Stuttgart-Echterdingen hat, glaubt ihrem Ziele schon recht nahe zu sein: dem Städteverkehr durch Hubschrauber. Noch fehlt zwar der ideale Typ eines Hubschraubers mit 30 bis 40 Sitzplätzen. Bei den kleineren Modellen nämlich, die jetzt in Amerika und England benutzt werden, müßten die geplanten Flugstrecken Zuschußgeschäfte bleiben, weil die Betriebskosten recht hoch sind.

Hier zu helfen, zu forschen und zu erfinden, wird die Aufgabe der Stuttgarter Technischen Hochschule sein. Der neue Haushaltsplan von Baden-Württemberg stellte bereits groß-

zügige Mittel zu diesem Zweck bereit. So soll an der Stuttgarter Technischen Hochschule eine eigene Luftfahrtabteilung eingerichtet werden, die sich vor allem mit Flugzeugbau beschäftigt.

Wie notwendig gerade die Hubschrauberforschung sein kann, haben in der jüngsten Zeit Berg- und Flutkatastrophen gezeigt, bei denen die einzigen Helfer Hubschrauber waren.

Festliche Tage in Evanston

Weltkirchenkonferenz begann — Auch Ostkirchenvertreter

Eine feierliche Prozession der Repräsentanten von 161 Kirchen aus allen Ländern und Erdteilen leitete den Gottesdienst ein, mit dem am Sonntag die Weltkirchenkonferenz 1954 in Evanston bei Chicago eröffnet wurde.

Unter den Klängen des Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ zogen die Würdenträger in der oft kontrastreichen Kleidung ihrer kirchlichen Würden in das Gotteshaus ein, das bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Auf der Vollversammlung wurde bekanntgegeben, daß der Bischof von Görlitz, D. Hornig, als einziger der Delegierten und Besucher aus der Sowjetzone von den sowjetzonalen Behörden keine Ausreiseerlaubnis zur Weltkirchenkonferenz erhalten hat. Aus der Tschechoslowakei und Ungarn sind Vertreter der protestantischen Kirchen erschienen.

Deutschland ist durch eine starke Delegation vertreten, der u. a. der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, der Präsident des lutherischen Weltbundes, Landes-

Leipziger Berichtsband erschienen

Unter dem Motto des Leipziger Evangelischen Kirchentages „Fröhlich in Hoffnung“ ist jetzt die gesamtdeutsche Ausgabe des Berichtsbandes über die große diesjährige kirchliche Veranstaltung gleichzeitig in der Bundesrepublik und der Sowjetzone erschienen. Die etwa 200 Seiten starke Broschüre, die viele ganzseitige Fotos aus dem Geschehen in Leipzig enthält, kostet im Osten wie im Westen einheitlich 2,80 Mark.

bischof D. Dr. Hanns Lilje (Hannover), der hessische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller und der Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages D. Dr. von Thadden-Trieglaff, angehören.

Die deutschen Rundfunkanstalten werden von der Weltkirchen-Konferenz in Evanston mehrere Originalberichte übertragen. Der NWDR sendet sie auf seiner Mittelwelle am 26. August von 22.00 bis 22.15 Uhr. Die Sendung wird vom Sender Freies Berlin und dem RIAS übernommen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 93 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.